



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

2/XVII/33 - 8. Februar 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite:</u> | | <u>Zeilen:</u> |
|---------------|---|----------------|
| 1 | <u>Trauer an der Saar</u> Zum Grubenunglück in Völklingen | 43 |
| 1a | <u>Staatssekretäre</u> Zurückgeschraubte Hoffnungen der FDP | 59 |
| 2 | <u>Mit 86 kein Abschied von der Macht</u> Dr. Adenauer und die Reformbestrebungen der CDU | 53 |
| 3 | <u>Politische Maßnahmen zur Studentenförderung</u> Ein Gespräch zwischen VDS und SPD-Parteipräsidenten | 34 |
| 4 - 7 | <u>Afrika sucht seinen Weg (VI)</u> Cameroon - Verwirrend und widerspruchsvoll Von G. Markscheffel, zur Zeit Cameroon | 186 |

* * *
* *

Trauer an der Saar

K.M. - Der Mensch hat die Natur überwunden. Wir leben im Zeitalter der Wissenschaft und der Technik. Fortschritt auf der ganzen Linie. Jahrhundert der Perfektion.

Ja, so ist es. Wir glauben es. Wir glauben es, weil wir es sehen.

Bis dann plötzlich die Nachricht eintrifft, die uns alle bis ins Mark erschüttert: Grubenunglück! Mehr als 200 Tote! Mehr als 250 Tote!

Dann halten wir den Atem an. Dann denken wir nach. Das Leben freilich geht weiter. Die Räder drehen sich weiter. Über alle Strassen rollt der Verkehr. Auf den Märkten wird angeboten und verkauft. Auf den Bahnhöfen rollt es - fahrplanmässig.

In den Büros wird telefoniert. Aber hier und dort legt einer den Köpfen hin. "Habt Ihr das gehört?" fragt er, "ist das nicht grauenhaft?"

"Es ist grauenhaft", antwortet einer. Und eine Weile lang ist alles still und betreten. Bis es wieder weiter geht.

Hier und dort wird eine Fahne gezeigt, mit einem schwarzen Fleck an der Spitze.

Die Rundfunksender spielen Beethoven. Warum wohl Beethoven? Ein Japaner hat es kürzlich ausgesprochen. Denn bei den Japanern, bei diesem Volk am anderen Ende der Welt, wo die Welt und die Sprache, wo die Menschen und wo alles, wo auch die Musik ganz andere ist als bei uns, bei denen hat eine Beethoven-Verehrung begonnen, von der wir uns keine Vorstellung zu machen wissen. Beethoven dominiert auf der Schallplatte. Warum Beethoven? "Weil der alles Leid der Menschheit kannte", sagte jener Japaner. Eine gute Formulierung. Denn das Leid der Menschheit ist alt und ewig und bleibt immer dasselbe. Es war schon da, als es noch keine Bergwerke gab und keine vielstöckigen Warenhäuser, die mitten in der modernen Stadt stehen und von denen dann, weil das Haus eine einzige Fackel geworden ist, die Menschen in ihrer Todesnot herunterspringen.

Wir werden sie auch diesmal sehen, diese Bilder, die es gibt, solange es den Bergbau unter Tage gibt. Das geschlossene eiserne Tor. Die Frauen und die Kinder und die alten Männer. Sie warten. Sie warten schon lange. Sie werden weiter warten. Denn noch immer holen sie einen aus dem Schacht heraus, der auf der Bahre liegt und mit einer Decke zugedeckt ist. Wir werden in diesen Tagen solche Bilder sehen und wir werden den Atem anhalten.

Der Mensch hat die Natur überwunden. Aber die Natur schlägt manchmal zurück.

Wir haben Fortschritt auf der ganzen Linie. Wir haben die vielfach akzentuierte Grubenlampe, aber wir sind nicht ganz sicher vor irgend-einem kleineren Funken, der von irgendwo kommt, vielleicht von einem heiss-gelaufenen Maschinenteil.

Wir haben die Perfektion, ja. Aber es scheint eine zu sein, die niemals wirklich völlig perfekt sein wird.

8. Februar 1962

Staatssekretäre

sp - Fünf Monate nach den Bundestagswahlen haben wir noch immer keine komplette, voll funktionierende und handlungsfähige Regierung, ist das Spannen zwischen der CDU/CSU und der FDP um den beiderseitigen Einfluss am Staatsapparat noch nicht zu Ende. Bestandteil des vielumstrittenen Koalitionsabkommens war unter anderem das Zugeständnis Adenauers an die FDP, fünf von ihr zu benennende Vertreter als Staatssekretäre in die Regierung aufzunehmen. Dieses Zugeständnis, vom FDP-Vorsitzenden Mende als Triumph ausgelegt, hat dann u.a. für den Eintritt dieser Partei in die Regierung den Ausschlag gegeben.

Aber schon damals gab es Skeptiker, die den Wert einer solchen Zusage bezweifelten. Sie haben recht behalten. Adenauer hatte es gar nicht eilig, sie zu erfüllen, er liess Mende zappeln. Die seiner Partei angehörenden Minister zeigten und zeigen auch keine Neigung, sich von einem Aufpasser über die Schulter sehen zu lassen. Der taktisch nicht gerade versierte Mende, nun ungeduldig geworden und hart bedrängt von den eigenen Leuten, hat jetzt bei seinem letzten Gespräch mit Adenauer, auf das er viele Wochen warten musste, anscheinend seine Forderung durchgesetzt. Freilich musste er dabei Federn lassen. Nicht mehr von fünf Staatssekretären ist die Rede, sondern von vier, wobei der begehrteste Posten, der des Staatssekretärs im Innenministerium, wohl ein Wunschtraum bleiben dürfte. Schon liess der Innenminister Höcherl durch den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe in Bonn, Dollinger, gewichtigen Einspruch mit der Begründung erheben, die CSU sei nicht bereit, zweiseitige Abmachungen zu akzeptieren. Zu guter Letzt kann es so kommen, dass sich die FDP bei der noch ausstehenden innenpolitischen Beuteverteilung mit drei Staatssekretären bei Randministern begnügen muss. Welch ein Niedergang hochgespannter Erwartungen ...

Für den Staatsbürger ist es kein erfreuliches Schauspiel, das die Koalitionspartner mit ihren Intrigen, Klaffen und Ringen um einflussreiche Posten der Öffentlichkeit bieten. Darunter muss die ganze Regierungsmaschinerie leiden. Plan- und Führungslosigkeit in den einzelnen Bundesministerien machen sich breit. Wenn noch offensteht, wer in einem Ministerium den politisch wichtigsten Posten, und das ist eben der des Staatssekretärs, einnehmen wird, kehrt Unsicherheit ein. Entscheidungen sachlicher und personeller Art können nicht gefällt werden, vieles, was seinen Aufschub verträgt, bleibt dann oben liegen. Das sind schon keine Geburtswehen mehr. Es ist das Spiegelbild einer Koalition, die sich innerlich im Kleinkampf verzettelt und dabei die Sicht auf das wirklich Große und Notwendige verliert.

Mit 86 kein Abschied von der Macht

W.P. Kerker der politischen Verhältnisse in Bonn sind überzeugt, dass Dr. Konrad Adenauer mit der Gewählung des gegenwärtigen nordrhein-westfälischen Innenministers Josef Hermann Dufhues für das Amt eines geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes der CDU eine erste wichtige Entscheidung in der Nachfolgefrage getroffen hat. In zweifacher Hinsicht hält man Adenauers Schritt für wichtig und zugleich typisch für den alten Praktiker. Einmal wird damit endlich der seit Jahren gekusserte Forderung der Organisations- und Wahlexperten der CDU entsprochen, die sich durch das alarmierende Ergebnis der Wahl vom 17. September 1961 bestätigt sehen. Zum anderen wird mit der Berufung von Dufhues nach Bonn der alte Streit zwischen den Ministerpräsidenten Dr. Meyers und Dufhues um die Führung der CDU bei den bevorstehenden Landtagswahlen beigelegt. Dufhues erklärt nunmehr öffentlich, dass seine Ambitionen nicht auf das Amt des Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen gerichtet sind. Schliesslich aber ist bekannt, dass Innenminister Dufhues zu den "jungen Leuten" des alten Kanzlers zählt, die sein volles Vertrauen geniessen. Mit der jetzt getroffenen Entscheidung, die - wie immer - die Entscheidung eines einzigen Mannes ist, der souverän über 300 000 Christdemokraten gebietet, ist zwar nicht entschieden, wer nach ihm einmal das Amt des Parteivorsitzenden übernehmen wird. Das wird Dr. Adenauer ohne zwingenden Grund gewisse nicht freiwillig abgeben. Aber es ist abgesichert gegen alle Aussenseiter und "Sorgenkinder" des alten Herrn.

Die Neuwahl des Vorstandes steht als ein Hauptpunkt auf der Tagesordnung des CDU-Parteitag, der nun Anfang Juni in Dortmund stattfinden wird. Da nach der Satzung der CDU nur die Vorsitzenden der Partei von den Parteitage delegierten direkt gewählt werden, die übrigen 60 Vorstandsmitglieder aber vom Bundesausschuss, haben die Delegierten darüber zu befinden, ob dem immer häufiger von Krankheiten geplagten 86-jährigen Parteivorsitzenden überhaupt noch zugemutet werden kann, die Bürde der Parteiführung zu tragen, wenn auch die geschäftsführende Funktion auf einen Jüngeren übertragen wird. Wieder einmal soll die Satzung geändert werden, um die Führungsspitze zu aktivieren. Das hat der CDU-Bundesausschuss auf "Anregung" von Dr. Adenauer beschlossen. Grundlage des Beschlusses waren nicht zuletzt die Analysen von Dr. Kraske und Dr. Parzel zur Bundestagswahl und ihrem Ergebnis sowie zur Parteireform. Auch die Frage eines Parteiprogrammes soll auf Wunsch von Dr. Adenauer vorangetrieben werden, nachdem die programmatischen Grundsätze sämtlich aus der Vorführungszeit stammen und der Wert eines Grundsatzprogramms am Beispiel der SPD unverkennbar ist.

Auch bei dieser Flärer wird der Wille Dr. Adenauers erkennbar, die CDU auf die neuen Verhältnisse einzustellen, die bestehen werden, wenn er 1963 das Amt des Bundeskanzlers abgegeben hat. Niemand wird ihm dann verwehren, den nächsten Bundestagswahlkampf als Vorsitzender seiner Partei wieder zu führen. Seine Position in der CDU wird auch dann unantastbar sein, vorausgesetzt, dass ihn bis dahin die physischen Kräfte nicht verlassen. Voraussichtlich wird er dann über ein Programm verfügen und stärker auf eine ideologische Richtung der Wahlkampfführung einschwenken. Es ist jedenfalls in der CDU weit und breit niemand zu sehen, der instand wäre, an der Patriarchenstellung Dr. Adenauers zu rütteln. Alle Überlegungen in CDU-Kreisen beginnen stets erst nach einem vollzogenen Ausscheiden des Parteivorsitzenden, dessen Ausscheiden ausschliesslich in dessen eigenem Befinden liegt. Daran dürfte sich in Dortmund kaum etwas ändern.

Politische Maßnahmen zur Studentenförderung

Das Präsidium der Sozialdemokratischen Partei unter dem Vorsitz von Erich Ollenhauer führte ein Gespräch mit den Vertretern des Verbandes Deutscher Studentenschaften. Am Ende des Gesprächs konnte festgestellt werden, dass die Auffassungen der deutschen Studentenschaft und der Sozialdemokratischen Partei in wesentlichen Punkten übereinstimmen.

W.R. Beide Seiten gingen davon aus, dass die Studentenförderung nicht isoliert betrachtet werden kann. Es kommt vielmehr darauf an, das Förderungswesen im gesamten Bildungsbereich zu durchleuchten, um zu politischen Maßnahmen zu gelangen, die das Flickwerk der jetzigen Bildungspolitik durch eine umfassende und in die Zukunft weisende Neuregelung beseitigen. Dass dies nicht nur durch neue und notwendige Förderungsmaßnahmen im finanziellen Sinne, ja nicht einmal allein durch die notwendigen allgemeinen gesetzlichen Maßnahmen möglich ist, stand ausser Frage. Entscheidend ist, dass keine Begabung, weder als finanzieller Not, noch an der gesellschaftlichen Wirklichkeit, insbesondere an der oft zu beobachtenden Passivität der Eltern, verkümmern darf.

Der Vorsitzende des VDS, Dr. Steer, Kind einer Arbeiterfamilie, erzählte aus eigenem Erleben, wie schwer es gewesen sei, die Zustimmung seiner Eltern für das eigene Studium zu finden. Hier ist in der Tat, abgesehen von der Dringlichkeit sozialer Voraussetzungen, eine entscheidende Aufgabe für alle an der politischen Willensbildung unseres Volkes beteiligten Kräfte, vor allem aber der politischen Parteien, zu finden. Erich Ollenhauer, Carlo Schmid und Fritz Erler wiesen in dieser Zusammenhang darauf hin, dass auch guten Gesetzen nur ein relativer Erfolg beschieden sei, wenn sie nicht von der gesamten Gesellschaft, der Verfassungswirklichkeit, getragen sind.

Zu einem inhaltlich gleichen Ergebnis gelangte man auch in der Frage des Studentenrechts. Es bestand Einigkeit darüber, dass die studentische Selbstverwaltung unbedingt gestärkt werden müsse. Dies ist aber auch nicht nur über gesetzliche Regelungen zu erreichen. Dazu gehört die Arbeit der Studentenschaft. Nicht immer und nicht überall ist der Wille zu echter Selbstverwaltung und zur Opferbereitschaft vorhanden.

Afrika sucht seinen Weg (VI)

Cameroon - Verwirrend und widerspruchsvoll
Von G. Markscheffel, zur Zeit in Cameroon

Das erste, was wir in Douala, der Handelshauptstadt Camerouns hören, sind lange und widerspruchsvolle Geschichten vom Scheitern deutsch-camerounischer Wirtschaftsverhandlungen, die offenbar jeden Einwohner der Stadt interessieren. Es genügt, im Gespräch darauf hinzuweisen, dass man Deutscher ist, um sofort gesagt zu bekommen, die Regierung habe auf Wunsch französischer Stellen die Wirtschaftsverhandlungen mit der Bundesrepublik abgestoppt. Wir haben mit Kaufleuten, Gewerkschaftsvertretern und Männern des öffentlichen Lebens gesprochen - alle sagten uns übereinstimmend, die offiziell von der Regierung abgegebene Erklärung, man wolle sich von den Deutschen als souveräner Staat Cameroon nicht drinreden lassen, man wolle keine Kontrollen akzeptieren, sei nur ein Vorwand. In Wahrheit fürchte die Regierung, dass ihre Ausgabenwirtschaft unter die Lupe genommen wird, und ausserdem seien mächtige französische Wirtschaftsinteressen berührt, irgendetwas andere wirtschaftliche Einflüsse in Cameroon nicht zuzulassen.

Das ist eine etwas peinliche Situation, denn selbstverständlich hat die deutsche Verhandlungsdelegation in keiner Weise auf innere Angelegenheiten des Landes Einfluss nehmen wollen. Sie hat lediglich an die Kreditvergabe die Voraussetzung geknüpft, dass die mit dem Geld in Angriff zu nehmenden Projekte volkswirtschaftlich übersehbar sind. Noch ist der Handel offen. Demnächst wird eine Delegation aus Cameroon nach Bonn kommen. Ein angesehenes Bürger der Stadt Douala sagte dazu lächelnd: "Nehmen Sie das nicht so tragisch, unsere Minister wollen wahrscheinlich wieder einmal reisen. Ausserdem ist ja Deutschland ein schönes Land".

Ausgehverbot

Im Volk ruht es. Um elf Uhr abends muss die Strasse geräumt sein: Ausgehverbot. Draussen im Land gibt es immer noch Terrorgruppen, die schon seit 1958 Dörfer überfallen, hier und dort plötzlich ein Postamt ausheben und die Strassen unsicher machen. Man erhält weder in Douala, noch in der Regierungshauptstadt Yaounde eine klare Information darüber, ob diese Terrorgruppen ein definiertes politisches Ziel haben oder aus Abenteurern zusammengesetzt sind. Offen wird jedoch zugegeben, dass die Banden zu Beginn ihrer Tätigkeit tschechische Waffen und auch Instruktionen aus Ostblockländern hatten. Auch Teile der in die Illegalität gegangenen "Union des Populations Camerounaises" scheinen ursprünglich mit Terrorbanden in Verbindung gestanden zu haben.

In der Zwischenzeit hat sich eine auf der Grundlage der Verfassung stütze Gruppe von sieben Abgeordneten gebildet, die sich öffentlich von den Terroristen distanzieren, aber trotzdem von der Regierung nicht die Möglichkeit erhielt, offen aufzutreten. Ein vor kurzen gestarteter Versuch, die Partei durch einen Kongress wieder zu beleben, wurde von der Regierung durch Polizeimaßnahmen unterbunden. Man liess den Kongress einige Tage anlaufen, liess ihn dann aber auf und beschlagnahmte alle Entschliessungsentwürfe und sonstige Materialien.

Wie verwirrend das alles ist, zeigt folgende Episode: Das offizielle Informationsorgan der Regierung lobte am zweiten Tag des Kongresses die Mäßigkeit der dort gehaltenen Reden und stellte besonders heraus, dass

die Partei sich jetzt mit aller Entschiedenheit von den Terroristen losgesagt habe. Drei Tage später jedoch erschien in der einzigen Zeitung Camerouns ein heftiger polemischer Artikel gegen den Kongress.

Allgemein wurde uns gesagt, dass die Terrorbanden heute keine politischen Zielvorstellungen hätten. Ihre Existenz schreibe man der grossen wirtschaftlichen Misere zu, der immer grösser werdenden Zahl der Arbeitslosen und der allgemeinen Bethargie, die über dem Lande lastet. Diese Begründung wurde uns sogar von Gesprächspartnern gegeben, die in der Verwaltung und in der Regierung tätig sind.

Abenteurertum

Es ist sehr schwer zu durchschauen, ob die Regierung von Cameroun im Gegensatz zu anderen afrikanischen Regierungen - wirklich entschlossen ist, der Wirtschaftsmisere zu Leibe zu gehen. Es gibt viele Pläne, man hat hervorragende Reden über die Absichten gehalten, die die Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet hat. Aber kaum ist es möglich, Ansätze zur Verwirklichung dieser Planungen festzustellen. Grosse französische Firmen beherrschen fast das gesamte Wirtschaftsleben; sie machen recht gute Geschäfte, können dafür aber auch darauf hinweisen, dass die französische Regierung immer noch einen grossen Teil der finanziellen Lasten des Staates trägt.

Bei Kontakten mit Männern der Regierung erfährt man, dass die Wirtschaftssituation nicht beängstigend sei, dass aber zunächst mit harter Hand durchgegriffen werden müsse, um die Unruhestifter zu liquidieren. Die "Unruhestifter" dagegen sagen das Gegenteil; sie motivieren ihre Haltung gegenüber der Regierung mit der Plan- und Ziellosigkeit der Staatsführung auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens.

Dass in einem solchen Klima politisches und wirtschaftliches Abenteuerertum gedeihen kann, ist einleuchtend. Ansätze zu vorwärtsschauenden, politischen und ökonomischen Veränderungen sind kaum sichtbar. Man macht grosse Ausstellungen, veranstaltet Feste, ist aber offenbar nicht in der Lage, der Schwierigkeiten Herr zu werden.

Das Erstaunliche bei all dem ist jedoch, dass selbst die schärfsten Opponenten des augenblicklichen Systems keinen Hass auf die Europäer durchblicken lassen. Im Gegenteil: Das Verhältnis zwischen Afrikanern und Europäern - in der Mehrzahl Franzosen - ist gut. Und doch sagte uns ein Afrikaner, wir sollten uns nicht von der Oberfläche täuschen lassen. Ein Funke könnte genügen, um einen Vulkan ausbrechen zu lassen.

Löhne und Gehälter sind in Cameroun sehr niedrig. Wegen der ständig steigenden Arbeitslosigkeit bleiben die Ansätze zu gewerkschaftlicher Organisation im Anfang stecken. Schlechten Beispielen folgend, sind früher im Kampf für die Unabhängigkeit grossgewordene Politiker bereits im Regierungslager übergeschwenkt oder befinden sich auf dem Wege dahin.

Um das alles zusammenzuhalten, stützt sich die gegenwärtige Regierung in gewissen Stadien auch auf die im Lande stationierten französischen Streitkräfte. Sie werden bei der Bekämpfung von Terrorgruppen eingesetzt. Gelegentlich hört man auch, dass französische Truppen - sie sind nicht zahlreich - in Zusammenarbeit mit der einheimischen Gendarmerie "politische Aktionen" gegen Oppositionsgruppen durchführen.

Pensionsansprüche gegen Deutschland

Die deutsche Position in Cameroun ist nicht einfach. Aus ähnlichen Gründen wie in Togo hat der ältere Bevölkerungsteil an die deutsche Kolonialzeit angeblich gute Erinnerungen bewahrt. Noch heute stehen in Douala und Yaoundé, sowie an vielen anderen Orten die Gebäude der alten deutschen Kolonialverwaltung. Die deutsche Botschaft in Yaoundé muss sich sogar mit Pensionsansprüchen von alten Camerounern beschäftigen, die irgendwann einmal in deutschen Diensten standen. Das kompliziert natürlich alles, weil die Bundesrepublik in keinem Fall das gute deutsch-französische Verhältnis stören kann und will. Im Gegenteil: Oft muss von deutscher Seite sogar ein Wort der Überbrückung gefunden werden, wenn bei manchen Camerounern die Erinnerung an sogenannte gute alte Zeiten zu überschwänglich wird.

Es ist anzunehmen, dass im Laufe der Zeit diese Dinge ausgeglichen werden und dass man auch in Cameroun lernen, früher zwischen Deutschland und Frankreich bestehende Spannungen als überwunden anzuerkennen. Hierbei machten unsere Gesprächspartner in Cameroun immer wieder den klaren Unterschied zwischen ihren französischen Mitarbeitern und der französischen Regierung auf der einen Seite, sowie französischen Kapitalinteressen grosser Privatfirmen auf der anderen Seite. Das alles ist sehr kompliziert und nicht nur von ökonomischen, sondern ein wirkliches Problem; es belastet die Situation in Cameroun besonders von der psychologischen Seite her.

Man könnte glauben, dass unter diesen Umständen kommunistische Einflussnahmen von Erfolg gekrönt würden. Das ist keineswegs der Fall. Nicht nur deswegen, weil die Regierung kommunistische oder Ostblock-Annäherungsversuche kühl zurückweist, sondern auch, weil das Volk von Cameroun selbst ein sehr feines Empfinden für kommunistische Infiltrationsversuche hat.

Die legale Opposition sucht, soweit sie überhaupt in Erscheinung treten kann, eine Plattform zu finden, von der aus dem Kapitalismus der Kampf angesagt werden soll. Hier spielen in Oppositionskreisen, ähnlich wie in Senegal und an der Elfenbeinküste, in Regionen, die Probleme der Umformung der Gesellschaft auf genossenschaftlicher Grundlage eine grosse, wenn nicht entscheidende Rolle. Cameroun ist nicht arm; es hat Holz, Gold, Silber und andere Bodenschätze. Sogar Petroleum ist festgestelt worden. Auch die Landwirtschaft würde bei richtiger Organisation des Anbaus und des Absatzes durchaus lebensfähig sein. Aber da seit Jahrzehnten die natürlichen Reichtümer von ausländischen Kapitalgesellschaften ausgebeutet wurden und noch werden, die Regierung ihrerseits nicht in der Lage zu sein scheint, die gesunden Kräfte des Volkes zu mobilisieren, ist seit den Tagen der politischen Unabhängigkeit der Weg zur ökonomischen Unabhängigkeit verbaut geblieben.

Panafrika

Die Einordnung Camerouns in eine grössere afrikanische Gemeinschaft wird auch hier von Regierung und Opposition eifrig diskutiert. Interessanterweise gibt es in dieser Frage wenig Meinungsverschiedenheiten. Man sieht zwar die grössere afrikanische Gemeinschaft als Ziel vor sich, möchte jedoch zunächst die Gemeinschaft Camerouns als Bundesrat schaffen. Es gibt einen französisch- und einen englischsprachigen Teil Camerouns. Theoretisch bilden beide Teile heute schon

einen Staat. Praktisch lebt man jedoch noch nebeneinander und wird erst im Jahre 1964 ein Bundesparlament wählen. Bis dahin sollen auch die Grundlagen für eine Bundesverwaltung geschaffen werden. In der Zwischenzeit toben sich die Stammes- und Rassenkämpfe, die Regionalinteressen und auch die Sprachdifferenzen, sowie die unterschiedlichen Kolonialtraditionen aus. Vielleicht ist das der tiefere Grund, dass die im Anfang dieses Berichtes geschilderten Unzulänglichkeiten des Lebens in Cameroun so schwierig zu beseitigen sind.

Man wünschte der Regierung und dem Volk von Cameroun viel Weisheit und Energie, um so schnell wie möglich den Verschmelzungsprozess und die Staatswerdung überwinden zu können. Wir haben in Gesprächen mit unseren Freunden in Cameroun immer tröstend darauf hingewiesen, dass auch die Völker Europas einen langen Weg hinter sich haben, bevor sie wenigstens zum Teil als ökonomische Einheit auftreten konnten.

Auch hier ist Israel Beispiel

Die Hilfe von aussen für Cameroun wird sich unter den gegebenen Umständen auch hier auf die Heranbildung von Nachwuchskräften konzentrieren müssen. Es gibt eine hochintelligente Oberschicht, aber leider eine viel zu schwache Mittelschicht, die als natürliches Bindeglied zwischen der Masse der in den Städten und auf dem Lande Lebenden auftreten könnte. Das Goethe-Institut in Yaounde hat jetzt 300 Schüler. Meist sind dies junge Menschen, die aus irgendeinem Grunde ihren Bildungsgang unterbrochen haben, die gern deutsch lernen wollen und im Zusammenhang damit auch handwerkliche oder handwerkähnliche Berufe erlernen wollen. Von anderen europäischen Staaten und von amerikanischer Seite werden ähnliche Hilfen geleistet.

Übereinstimmend wird aber gewünscht, dass der Aufbau einer mittleren Bildungsschicht nach Möglichkeit im Lande selbst erfolgen soll. Mit der Organisation von Auslandsbesuchen und sogenannten "Stagen" in Europa oder in den Vereinigten Staaten hat man nicht die besten Erfahrungen gemacht. Die jungen Afrikaner werden in eine völlig andere Welt versetzt, bleiben oft dort und sind dann für den Aufbau ihres eigenen Landes verloren. Deshalb wird auch in Cameroun auf das Beispiel der Leistung Israels verwiesen, jenes kleinen und gewiss nicht reichen Landes, das in zahlreichen jungen afrikanischen Staaten mit jungen Israelis das grossartige Werk der Köderbildung - und Erziehung selbstbestimmter Staatsbürger a l l e r Gesellschaftsschichten begonnen hat.

+ + +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler